



Linke Fachschaft 03
an FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

Who we are and what we want.

*www.linke-fachschaft.de
kontakt@linke-fachschaft.de*

**oktober 2007*

Abendroth? Ja bitte!

Das Präsidium der Philipps-Universität Marburg will die letzte Stelle in der Tradition Wolfgang Abendroths am Institut für Politikwissenschaft in Marburg streichen. Studierende, Wissenschaftler_innen und Gewerkschafter_innen protestieren.

Ende Juli wurden Pläne des Präsidiums der Philipps-Universität Marburg bekannt, am Institut für Politikwissenschaft eine Professur zu streichen. Die Berufungskommission¹ hatte für die Professur im Bereich „Internationale Politische Ökonomie mit Schwerpunkt Europäische Integration“ bereits eine Berufungsliste aufgestellt. Das Präsidium stellte diese Liste in Frage. Sie halte einer „Prüfung unter Qualitätsmerkmalen“ nicht stand. Die Begründung des Präsidiums ist jedoch nur vorgeschoben: Statt „Qualitätsmerkmale“ – zu deren Beurteilung das Präsidium fachlich gar nicht in der Lage ist – sind politische Gründe ausschlaggebend für die Entscheidung.

Bei der Professur, die nun gestrichen werden soll, handelt es sich um die letzte noch verbliebene Professur in der Tradition Wolfgang Abendroths. In den vergangenen 50 Jahren hatte die von diesem begründete materialistisch-kritische Forschungsperspektive das Institut geprägt. Bereits in den 70er Jahren wurde ein Teil der Wissenschaftler_innen in der Tradition Abendroths mit Berufsverboten belegt. Ende der 90er Jahre gingen langsam aber sicher auch die letzten verbliebenen Professoren der Abendrothschule in Rente. Die freigewordenen Professuren wurden mit Wissenschaftler_innen besetzt, die wenig mit der Forschungsperspektive Abendroths zu tun hatten. Als die Berufung einer Wissenschaftlerin in der Tradition Abendroths „drohte“, reagierte das Präsidium prompt, setzte sich über den Frauenförderplan hinweg und besetzte die Stelle mit einem anderen Wissenschaftler.

Eine ähnliche Situation zeigt sich auch im aktuellen Fall. Die Berufungskommission empfiehlt einen Wissenschaftler mit materialistisch-kritischer Forschungsperspektive, das Präsidium versucht mit fadenscheinigen Argumenten dessen Berufung zu verhindern. Um gegen diese Entscheidung des Präsidiums zu protestieren, gründeten Studierende, Wissenschaftler_innen und Gewerkschafter_innen die „Initiative zur Rettung der kritischen Wissenschaft in Marburg“. Durch Pressearbeit, einen Aufruf, der auch von zahlreichen internationalen Wissenschaftler_innen unterzeichnet wurde und Briefe an den Präsidenten versucht die Initiative das Präsidium dazu zu bewegen, die Stelle beizubehalten. Die Linke Fachschaft 03 unterstützt die Proteste gegen die Stellenstreichung und ruft zu einer Beteiligung an den Protesten auf.

**Gegen weitere Stellenstreichungen im Bereich der kritischen Wissenschaft.
Abendroth? Ja bitte!**

Weitere Informationen : www.kritische-wissenschaft.de.vu.

¹ Berufungskommission und Berufungsliste: Wird eine Professur an der Universität frei, wird eine Berufungskommission einberufen. Diese besteht aus Wissenschaftler_innen und Studierenden und hat die Aufgabe, die geeignetsten Kandidat_innen für die Professur auszuwählen. Die ausgewählten Kandidat_innen werden dann auf einer Berufungsliste nach Eignung geordnet. Sagt der/die Kandidat_in auf Listenplatz eins ab, wird Listenplatz zwei berufen, usw.

Autoritäre Hochschulen? Nein danke!

Am 27. September 2007 verabschiedete die CDU-Mehrheit im hessischen Landtag eine neue Version des Hessischen Hochschulgesetzes. Die Novellierung ist vor allem eins: Noch undemokratischer als die vorangegangenen. Die Gesetzesnovelle baut die Kompetenzen der Leitungsebenen weiter aus. Sie erlaubt unter anderem den Präsidien Studierende, die „die Ordnung der Hochschule und ihrer Veranstaltungen stören“ der Hochschule zu verweisen.

Bereits 2004 profilierte sich die hessische Landesregierung im Bereich der Hochschulen mit Demokratiefeindlichkeit. Entscheidende Kompetenzen wurden von (teil-)demokratischen Gremien innerhalb der Hochschule auf Präsidien und Dekanate verlagert. Darüber hinaus führte die Novelle von 2004 eine „Mindestwahlbeteiligung“ von 25% bei Wahlen zum Studierendenparlament ein. Falls diese unterschritten wird, werden seitdem die Mittel der Studierendenvertretungen gekürzt. Die Arbeit der Studierendenvertretungen wird dadurch massiv erschwert.

Die Novelle 2007 verschärft den Demokratieabbau noch einmal deutlich. In der Novelle wird zum einen verankert, dass alle hessischen Hochschulen das so genannte „TU-Darmstadt-Modell“ übernehmen dürfen, zum anderen wird ein gesetzlicher Rahmen für die Frankfurter Stiftungsuniversität geschaffen. Beiden Modellen gemeinsam ist, dass sie innerhalb der Hochschule ein Top-Down-Prinzip etablieren, die (teil-)demokratischen universitären Gremien entmachten und die Entscheidungsgewalt innerhalb der Hochschule bei Präsidien und Dekanaten zentrieren. Gleichzeitig wird ein in der Regel arbeitgeber_innennah besetzter Hochschulrat etabliert und mit Rechten ausgestattet. Der Einfluss der Arbeitgeber_innen innerhalb der Hochschule wird dadurch gestärkt.

Die Macht der Präsidien wird zusätzlich durch die Möglichkeit gegen unliebsame Studierende, Mitarbeiter_innen und Lehrende ordnungsrechtlich vorzugehen ausgebaut. Der Tatbestand „die Ordnung der Hochschule und ihrer Veranstaltungen“ zu stören ist schwammig genug um damit sowohl Studierende, die auf Probleme innerhalb der Hochschule hinweisen, solche die zu spät zu Veranstaltungen kommen und solche, die aus Protest, etwa gegen Studiengebühren, Senatssitzungen blockieren, erfassen und der Hochschule verweisen zu können. Die Machtlosigkeit der Studierenden innerhalb der Hochschule wird dadurch weiter verstärkt, studentische Proteste werden massiv erschwert.

Studentische Hilfskräfte dürfen nach dem Gesetz künftig alle „studiennahen Dienstleistungen zur Unterstützung von Studium und Lehre“ erbringen – das heißt alle Aufgaben, die an der Hochschule anfallen könnten künftig von Hilfskräften erledigt werden. Bisher war die Tätigkeit der Hilfskräfte auf wissenschaftliche Aufgaben beschränkt, falls dieser Aufgabenbereich überschritten wurde, hatten sie Anspruch auf Tariflohn. Die Ausweitung des Tätigkeitsfelds könnte schwerwiegende Konsequenzen für die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen haben. Tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse könnten in Zukunft durch prekäre und schlecht bezahlte Hilfskraftjobs ersetzt werden.

**Gegen autoritäre und neoliberale Hochschulgesetze.
Für eine offene und radikaldemokratische Hochschule.**

Weitere Informationen: <http://hessen.uebergebuhr.de/de/themen/hessisches-hochschulgesetz/hochschulgesetznovelle-2007/>

Kick it till it breaks.

An den Hochschulen liegt so einiges im Argen, so auch am Fachbereich 03 der verträumten Marburger Universität. Noch immer sind nur wenige Professuren von Frauen besetzt, ab diesem Wintersemester werden allgemeine Studiengebühren erhoben, Langzeitstudiengebühren und Verwaltungsgebühren sind bereits eingeführt. Durch Novellen des hessischen Hochschulgesetzes wurden und werden die Entscheidungsbefugnisse von Dekanaten, Präsidien und Hochschulräten immer weiter ausgebaut, die der Studierenden werden hingegen weiter eingeschränkt. Ein-Euro-Jobs ersetzen auch an der Uni reguläre Arbeitsverhältnisse. Widerstand gegen, Diskussion über oder auch nur bewusste Beschäftigung mit diesen Themen findet kaum statt.

Die Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen in der Universität sind jedoch nur Teil und Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse. Linke Politik kann sich daher auch nicht auf Kritik der Hochschule beschränken, sondern muss immer die der gesamten Gesellschaft beinhalten. Die Linke Fachschaft 03 (LiFa03) wurde im Bewusstsein dieser Zusammenhänge gegründet, um deren Auswirkungen und Ursachen inner- und außerhalb der Universität zu bekämpfen. Wir bewegen uns dabei in dem Spannungsfeld zwischen Fachschaftsarbeit (Transparenz von und Opposition gegen universitäre Politik) und inhaltlicher linker Gruppenarbeit. Insofern beschränken wir uns nicht auf den universitären Rahmen; dieser ist lediglich Teil unserer Arbeit.

Im letzten Semester haben wir zum Beispiel eine Film- und Veranstaltungsreihe zur Zwangspsychiatrie organisiert. Hochschulpolitisch streiten wir aktuell darum, die Professor „Internationale Politische Ökonomie“ am Institut für Politikwissenschaft nicht nach den Präsidiums-Plänen streichen zu lassen, sondern nach der ordnungsgemäß zustande gekommenen Berufungsliste in kritischer Tradition zu besetzen. Die LiFa03 beugt sich nicht der derzeit herrschenden Sachzwangrhetorik, sondern setzt diesen Entwicklungen Widerstand entgegen.

Wir verstehen uns nicht als eine Art ständische Vertretung aller Studierenden am Fachbereich 03, da diese keine homogenen Interessen haben. Vielmehr wollen wir zum einen an der Uni (wieder) Räume für linke Inhalte schaffen helfen und zum anderen gegen rassistische, sexistische und soziale Diskriminierung sowie Antisemitismus vorgehen. Wenn auch für dich an der Universität sein nicht (nur) arbeitsmarktorientiert studieren bedeutet, sondern auch kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen und der Universität beinhaltet, dann komm zum offenen Treffen der LiFa03, schau bei einem normalen LiFa03-Treffen vorbei oder schreib uns eine Email.

Wer oder was ist die LiFa03?

Offenes Treffen für Menschen mit Interesse an linker Fachschaftsarbeit:

24.10.2007 um 20.00 Uhr im Foyer der Phil-Fak

Oder einfach bei einem normalen LiFa03-Treffen vorbeischaun:

jeden Mittwoch ab 18.00 Uhr in den AG Räumen der Phil-Fak...

www.linke-fachschaft.de – kontakt@linke-fachchaft.de